

Rückmeldung zum Unterrichtsmodell 2019+ zuhanden der Rektorenkonferenz

Abbau ohne Mehrbelastung!

Am 22. September 2017 wurde das Unterrichtsmodell 2019+ in Aarau vorgestellt und steht seither sowohl an den einzelnen Schulen als auch im Vorstand des AMV in der Diskussion. Da dieser Prozess Zeit brauchte, bedanken wir uns für die Fristverlängerung, die dem Verband für eine Rückmeldung gewährt wurde, und kommentieren im Folgenden nun das Modell aus Sicht des Verbands.

Es scheint uns wichtig, vor einer genaueren inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Unterrichtsmodell 2019+ den Rahmen zu beschreiben, in dem es präsentiert wurde. Nachdem die Stimmbevölkerung mehrere Sparvorlagen abgelehnt und der öffentliche Widerstand diesbezüglich teils massiv geworden ist, sollte klar sein, dass die zersetzende Abbaupolitik des Kantons Aargau besonders in der Bildung nicht mehr mehrheitsfähig ist. Dennoch fragen sich grosse Teile des kantonal angestellten Personals seit Jahren bei jeder Budgetrunde erneut, was noch kommt und wie schlimm es werden kann. Zumindest im Mittelschulbereich geht es weiter wie inzwischen leider gewohnt: Das Departement BKS und die Rektorenkonferenz haben den Auftrag erhalten, jährlich zwei Millionen Franken im Aargauer Mittelschulsystem zu sparen. Dieser Auftrag liegt zeitlich fast unmittelbar nach der Pflichtpensenerhöhung auf 23 Lektionen und im Anschluss an seit Jahren sich wie selbstverständlich wiederholende Lohn-Nullrunden. Die Pensenerhöhung führte entgegen wiederholter Behauptungen des Departements BKS flächendeckend zu einer deutlich erhöhten Belastung der Lehrpersonen. (Dass diese schon vor der 23. Pflichtlektion nachweislich zu viel arbeiteten, schien niemanden zu beunruhigen, und dass man beim strikten Einhalten des Arbeitsgesetzes den Mittelschulbetrieb kaum aufrechterhalten könnte, floss auch kaum in die Diskussion ein.)

Diese Anstellungs- und Arbeitsbedingungen sind ein Hauptgrund, dass die Aargauer MittelschülerInnen gemäss dem Bildungsbericht BRNWCH bereits jetzt schweizweit am wenigsten öffentliche Gelder kosten – der Aargau stellt nämlich die günstigsten Mittelschullehrpersonen ein: In keinem anderen Kanton liegen die Löhne nach zehn Dienstjahren tiefer. Dass der Bildungsabbau in dieser Situation beim vergleichsweise kleinen Budgetposten der Mittelschulen weitergehen und wiederum zu einem beträchtlichen Teil die Lehrpersonen treffen soll, hat den Berufsstand entsprechend befremdet und verärgert. Die Haltung des AMV zum Unterrichtsmodell 2019+ hat sich vor diesem Hintergrund gebildet und soll auch mit Bezug auf ihn verstanden werden.

Über die aktuellen bildungspolitischen Umstände hinaus lassen verschiedene inhaltliche Gründe die überdeutliche Ablehnung des Modells an allen Aargauer Kantonsschulen für uns wenig überraschend erscheinen. Das Modell führt in seiner jetzigen Form nämlich zu einer (weiteren) markanten Mehrbelastung der Lehrpersonen. Diese besteht einerseits aus dem massiven System-Umbau, den das Modell bedeuten würde und dessen Ressourcierung bisher ungeklärt geblieben ist. Andererseits erhöht sich die Belastung durch eine versteckte Pflichtpensenerhöhung: 13 «Langlektionen» à 80 Minuten sind 26 Lektionen à 40 Minuten, was insgesamt mehr Präsenzzeit, mehr Vorbereitungsaufwand, unflexiblere Stundenplanung und bei Fächern mit tiefer Lektionenzahl weniger Kontinuität im Unterricht zur Folge haben wird. Neben der Mehrbelastung durch die veranschlagte Anzahl und fehlende Flexibilität der «Langlektionen» ist auch deren angeblicher pädagogischer Mehrwert bei weitem nicht abschliessend geklärt. Eine diesbezüglich wissenschaftlich abgesicherte Basis und auch eine sorgfältige Stundenplansimulation fehlen seit der Präsentation des Modells im September. An den Schulen viel zu reden gaben die teilweise massiven Verschiebungen und Streichungen innerhalb der Stundentafel, die das Modell vorsieht. Der AMV hat als Verband für alle

Mittelschullehrpersonen und Fächer nicht die Aufgabe, über die Gewichtung bestimmter Bereiche zu urteilen. Es gibt in allen Fachbereichen ausgezeichnete pädagogische Argumente gegen eine Verkürzung der Bildungszeit. Ein Abbau in den vom Modell vorgesehenen Fächern gefährdet auch die Ziele des Gymnasiums und damit langfristig auch den freien Zugang zu den Hochschulen. Es erscheint in diesem Sinn umso verfehlt, das Modell auch nur im Entferntesten als eine erziehungswissenschaftlich motivierte oder pädagogisch positiv wirksame Massnahme zu präsentieren: Eine finanzpolitisch erzwungene Abbauübung mit deutlicher Mehrbelastung für die Lehrpersonen ist, was sie ist, und nicht etwa ein kreativer Ausweg aus einer Situation, die bei gesunden Kantonsfinanzen sowieso ganz anders aussähe. Dass die Finanzlage derzeit so marode ist, verhindert nachhaltige Innovation, denn es scheint bestenfalls schwierig, innerhalb eines Abbauversuchs die Folgekosten der damit verknüpften Innovationsbemühung – Lehrplan- und Konzeptarbeit, Weiterbildungskurse, Infrastruktur und viele mehr – zu rechtfertigen, geschweige denn vom Kanton erfolgreich einzufordern.

Der Ansatz, den Abbau pädagogisch zu begründen oder ihn zur Umsetzung pädagogischer Reformansätze zu nutzen, erscheint auch in anderer Hinsicht fragwürdig, denn Reduktionen bei der Mittelschulbildung werden – unabhängig vom Fachbereich – verschiedensten bildungspolitischen Forderungen zuwiderlaufen, die über kurzfristige, letztendlich steuerpolitisch selbstverschuldete finanzielle Engpässe des Kantons Aargau hinausgehen. Universitäten, Fachhochschulen, die EDK, der Bund – alle nehmen in Form von Projekten, Forderungen oder Vorschriften Anteil an den Aargauer Mittelschulen, die somit nicht ohne Weiteres innert ein paar Monaten tiefgreifend umgebaut werden können. Wenn sich der Aargau beachtliche Teile einer an eidgenössische Vorgaben angelehnten Stundentafel nicht mehr leisten will und die Bildungszeit seiner Jugendlichen unbedingt reduzieren möchte, sollte dies wenigstens für die Lehrpersonen keine strukturbedingten Kündigungen nach sich ziehen. Beim aktuell veranschlagten Fahrplan zur Umsetzung des Modells erscheint dies unmöglich.

Der oben zuerst vorgebrachte inhaltliche Einwand gegen das Unterrichtsmodell 2019+ ist aus Verbandssicht der wichtigste: Die Aargauer Mittelschullehrpersonen arbeiten nachweislich zu viel – und seit 2016 noch mehr. In diesem Bereich gibt es sparpolitisch keine nachhaltigen oder auch nur als temporäre Lösungen vertretbaren Ansätze. Folglich ist der einzige Abbau, der für den AMV in Frage kommt, ein nach aussen sichtbarer, als finanzpolitisch motivierte Verschlechterung begründeter und entsprechend öffentlich präsentierter, der voll und ganz auf die Qualität und dem Umfang des Bildungsangebots durchschlägt. Eine Mehrbelastung der Lehrpersonen ist aus personalpolitischer und arbeitsmedizinischer Sicht absolut indiskutabel. Gemäss aktueller, empirisch bestens fundierter Bildungsforschung (z.B. die Arbeiten John Hatties) ist im Übrigen auch klar, dass ein erheblicher Teil des Lernerfolgs von fähigen und motivierten Lehrpersonen abhängt. Weiterer Abbau auf dem Rücken der Lehrpersonen wäre also auch im Hinblick auf die Bildungsqualität ungleich fataler als viele denkbare Alternativen.

Trotz aller Kritik am Modell schätzt der AMV die Chance einer kantonsweit und systematisch erfassten Rückmeldung zum Vorschlag der Rektorenkonferenz. Ebenfalls sehr positiv werten wir die am Tag nach der Präsentation in der Zeitung abgedruckte Aussage, dass das Modell nicht über die Köpfe und gegen den Widerstand der Lehrpersonen umgesetzt werden wird. Dass sich nämlich neben dem AMV als Berufsverband und zahlreichen Lehrpersonen auch die Fachschaften, einzelnen Kollegien und Konferenzausschüsse sowie der Zusammenschluss der kantonalen Konferenzausschüsse (KAAG) einbrachten, zeugt von allseits grossem Interesse an einer allgemein akzeptablen Lösung für die Aargauer Mittelschulen, ihre Schülerinnen und Schüler wie auch ihre Lehrpersonen. Die während der Vernehmlassung freigesetzte kritische Energie und Diskussionsbereitschaft gilt es nun konstruktiv zu nutzen: Der AMV ist in diesem Sinn bereit, kritisch und konstruktiv an einer Lösung weiterzudenken. Das Modell enthält sinnvolle Elemente wie beispielsweise die Ressourcierung der Abteilungslektion, die es in der kommenden Debatte zu diskutieren gilt. Der AMV wird sich dezidiert gegen jegliche Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen einsetzen. Eine weitere Mehrbelastung kommt nicht in Frage und der finanzpolitisch motivierte Bildungsabbau muss zwingend sichtbar werden.